

Vergleich der **Positionen**

1. Die Weser soll für die Containerschifffahrt weiter vertieft werden.	✓	✗	✓
2. Die Veranstalter von Risikospielen im Profi-Fußball sollen sich an den Kosten für Polizeieinsätze beteiligen müssen.	✓	✓	✗
3. In Bremen und Bremerhaven soll es mehr verkaufsoffene Sonntage geben.	✗	–	✗
4. Die Müllentsorgung soll in Bremen und Bremerhaven wieder in öffentlicher Hand sein.	–	✗	✗
5. Auch der Besitz geringer Mengen Cannabis soll strafrechtlich verfolgt werden.	✗	✗	✓
6. Das Land Bremen soll weiterhin Flüchtlinge aufnehmen.	✓	✓	✓
7. Das Land Bremen soll Genehmigungen für den Einsatz von Lang-Lkw ("Gigaliner") erteilen.	✗	✗	✓
8. Die Videoüberwachung im öffentlichen Raum soll ausgeweitet werden.	✗	✗	✓
9. In den bremischen Grundschulen soll es keine Schulnoten geben.	–	✓	✗
10. Das Land Bremen soll ein eigenes Programm zur Wiedereingliederung von zurückgekehrten IS-Kämpfern starten.	✓	–	✓
11. Die A281 soll zwischen den Anschlussstellen Bremen-Airport-Stadt und Bremen-Kattenturm wie geplant gebaut werden.	✓	✓	✓
12. Einzelne Hunderassen sollen weiterhin generell als gefährlich eingestuft werden.	✓	✓	✓
13. Die verpflichtende Mitgliedschaft in der Arbeitnehmerkammer Bremen soll abgeschafft werden.	✗	–	–
14. Beratungsangebote für Schwule und Lesben sollen vom Land finanziell gefördert werden.	✓	✓	✓
15. Der öffentliche Personennahverkehr im Land Bremen soll nicht über den Verkauf von Fahrscheinen, sondern über eine Abgabe finanziert werden.	✗	✗	✗
16. Alle Polizeireviere im Land Bremen sollen rund um die Uhr geöffnet sein.	✗	✗	✗
17. Wenn Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld II Jobangebote ablehnen, sollen ihnen weiterhin Leistungen gekürzt werden können.	✓	–	✓
18. Schülerinnen und Schüler mit und ohne Migrationshintergrund sollen gemeinsam unterrichtet werden.	✓	✓	✓
19. Tempo 30 soll auf mehr Straßen in Bremen und Bremerhaven gelten.	✓	✓	✗
20. Im Land Bremen soll es keine Frauenquote für Aufsichtsräte öffentlicher Unternehmen geben.	✗	✗	✗
21. Deutsche sollen bei der Vergabe von Sozialwohnungen bevorzugt werden.	✗	✗	✗
22. Privatschulen sollen vom Land Bremen finanziell stärker unterstützt werden.	✗	–	✓
23. Kernbrennstoffe sollen über bremische Häfen umgeschlagen werden dürfen.	✗	✗	✓
24. Mehr Menschen mit Migrationshintergrund sollen bei der Polizei eingestellt werden.	✓	✓	✓
25. Der Unterricht an bremischen Schulen soll sich am traditionellen Familienbild (Vater, Mutter, Kinder) orientieren.	✗	✗	✗
26. Auch freiberuflich Tätige (z.B. Steuerberater, Krankengymnasten, Dolmetscher) sollen Gewerbesteuer zahlen müssen.	✓	✓	✗
27. Abgelehnte Asylbewerber sollen konsequent abgeschoben werden.	✓	✗	✓
28. Keine militärische Forschung an den bremischen Hochschulen!	✓	✓	✗
29. Das Land Bremen soll sich dafür einsetzen, dass Privathaushalte auch bei offenen Rechnungen weiterhin mit Strom versorgt werden müssen.	–	✓	✗
30. Das Land Bremen soll verstärkt Pflegekräfte aus dem Ausland anwerben.	✗	✓	–
31. Das gegliederte Schulsystem soll beibehalten werden.	✓	✗	✓
32. Projekte gegen Rechtsextremismus sollen weiterhin gefördert werden.	✓	✓	✓
33. Für alle Kinder bis 14 Jahre soll es einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung geben.	–	✗	–
34. Die Umweltzone in Bremen soll abgeschafft werden.	✓	✗	✓
35. In Bremen soll es Drogenkonsumräume geben.	✗	✓	✗
36. Mit überschüssigen Steuereinnahmen sollen vorrangig Schulden getilgt werden.	✓	✗	✓
37. Das Landesamt für Verfassungsschutz soll aufgelöst werden.	✗	✗	✗
38. Das stadtbremische Überseehafengebiet in Bremerhaven soll an die Stadt Bremerhaven abgegeben werden.	✗	✗	✗

Vergleich der Positionen

1. Die Weser soll für die Containerschifffahrt weiter vertieft werden.	✗	✓	✓
2. Die Veranstalter von Risikospielen im Profi-Fußball sollen sich an den Kosten für Polizeieinsätze beteiligen müssen.	✗	✓	✗
3. In Bremen und Bremerhaven soll es mehr verkaufsoffene Sonntage geben.	✗	✗	✓
4. Die Müllentsorgung soll in Bremen und Bremerhaven wieder in öffentlicher Hand sein.	✓	✗	✗
5. Auch der Besitz geringer Mengen Cannabis soll strafrechtlich verfolgt werden.	✗	✓	✗
6. Das Land Bremen soll weiterhin Flüchtlinge aufnehmen.	✓	✗	✓
7. Das Land Bremen soll Genehmigungen für den Einsatz von Lang-Lkw ("Gigaliner") erteilen.	✗	✓	✓
8. Die Videoüberwachung im öffentlichen Raum soll ausgeweitet werden.	✗	✓	✗
9. In den bremischen Grundschulen soll es keine Schulnoten geben.	✓	✗	✗
10. Das Land Bremen soll ein eigenes Programm zur Wiedereingliederung von zurückgekehrten IS-Kämpfern starten.	✓	✗	✗
11. Die A281 soll zwischen den Anschlussstellen Bremen-Airport-Stadt und Bremen-Kattenturm wie geplant gebaut werden.	✗	✓	✓
12. Einzelne Hunderassen sollen weiterhin generell als gefährlich eingestuft werden.	✗	✗	✗
13. Die verpflichtende Mitgliedschaft in der Arbeitnehmerkammer Bremen soll abgeschafft werden.	✗	✓	✓
14. Beratungsangebote für Schwule und Lesben sollen vom Land finanziell gefördert werden.	✓	✗	✓
15. Der öffentliche Personennahverkehr im Land Bremen soll nicht über den Verkauf von Fahrscheinen, sondern über eine Abgabe finanziert werden.	✓	✗	✗
16. Alle Polizeireviere im Land Bremen sollen rund um die Uhr geöffnet sein.	✗	✓	✗
17. Wenn Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld II Jobangebote ablehnen, sollen ihnen weiterhin Leistungen gekürzt werden können.	✗	✓	✓
18. Schülerinnen und Schüler mit und ohne Migrationshintergrund sollen gemeinsam unterrichtet werden.	✓	✓	✓
19. Tempo 30 soll auf mehr Straßen in Bremen und Bremerhaven gelten.	✓	✗	✗
20. Im Land Bremen soll es keine Frauenquote für Aufsichtsräte öffentlicher Unternehmen geben.	✗	✓	✓
21. Deutsche sollen bei der Vergabe von Sozialwohnungen bevorzugt werden.	✗	–	✗
22. Privatschulen sollen vom Land Bremen finanziell stärker unterstützt werden.	✗	✓	✓
23. Kernbrennstoffe sollen über bremische Häfen umgeschlagen werden dürfen.	✗	✓	✓
24. Mehr Menschen mit Migrationshintergrund sollen bei der Polizei eingestellt werden.	✓	–	✓
25. Der Unterricht an bremischen Schulen soll sich am traditionellen Familienbild (Vater, Mutter, Kinder) orientieren.	✗	✓	✗
26. Auch freiberuflich Tätige (z.B. Steuerberater, Krankengymnasten, Dolmetscher) sollen Gewerbesteuer zahlen müssen.	✓	✗	✗
27. Abgelehnte Asylbewerber sollen konsequent abgeschoben werden.	✗	✓	✗
28. Keine militärische Forschung an den bremischen Hochschulen!	✓	–	✗
29. Das Land Bremen soll sich dafür einsetzen, dass Privathaushalte auch bei offenen Rechnungen weiterhin mit Strom versorgt werden müssen.	✓	–	✗
30. Das Land Bremen soll verstärkt Pflegekräfte aus dem Ausland anwerben.	✗	✗	✓
31. Das gegliederte Schulsystem soll beibehalten werden.	✗	✓	✓
32. Projekte gegen Rechtsextremismus sollen weiterhin gefördert werden.	✓	✓	✓
33. Für alle Kinder bis 14 Jahre soll es einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung geben.	✓	✗	✓
34. Die Umweltzone in Bremen soll abgeschafft werden.	✗	✓	✓
35. In Bremen soll es Drogenkonsumräume geben.	✓	✗	✓
36. Mit überschüssigen Steuereinnahmen sollen vorrangig Schulden getilgt werden.	✗	✓	✓
37. Das Landesamt für Verfassungsschutz soll aufgelöst werden.	✓	✗	✗
38. Das stadtbremische Überseehafengebiet in Bremerhaven soll an die Stadt Bremerhaven abgegeben werden.	✗	✓	✓

Vergleich der Positionen



1. Die Weser soll für die Containerschifffahrt weiter vertieft werden.	X	✓	–
2. Die Veranstalter von Risikospielen im Profi-Fußball sollen sich an den Kosten für Polizeieinsätze beteiligen müssen.	–	–	–
3. In Bremen und Bremerhaven soll es mehr verkaufsoffene Sonntage geben.	X	–	X
4. Die Müllentsorgung soll in Bremen und Bremerhaven wieder in öffentlicher Hand sein.	✓	✓	–
5. Auch der Besitz geringer Mengen Cannabis soll strafrechtlich verfolgt werden.	X	✓	✓
6. Das Land Bremen soll weiterhin Flüchtlinge aufnehmen.	✓	X	–
7. Das Land Bremen soll Genehmigungen für den Einsatz von Lang-Lkw ("Gigaliner") erteilen.	X	–	X
8. Die Videoüberwachung im öffentlichen Raum soll ausgeweitet werden.	X	✓	✓
9. In den bremischen Grundschulen soll es keine Schulnoten geben.	✓	X	X
10. Das Land Bremen soll ein eigenes Programm zur Wiedereingliederung von zurückgekehrten IS-Kämpfern starten.	✓	X	X
11. Die A281 soll zwischen den Anschlussstellen Bremen-Airport-Stadt und Bremen-Kattenturm wie geplant gebaut werden.	–	✓	–
12. Einzelne Hunderassen sollen weiterhin generell als gefährlich eingestuft werden.	X	X	✓
13. Die verpflichtende Mitgliedschaft in der Arbeitnehmerkammer Bremen soll abgeschafft werden.	✓	–	✓
14. Beratungsangebote für Schwule und Lesben sollen vom Land finanziell gefördert werden.	✓	X	✓
15. Der öffentliche Personennahverkehr im Land Bremen soll nicht über den Verkauf von Fahrscheinen, sondern über eine Abgabe finanziert werden.	✓	X	X
16. Alle Polizeireviere im Land Bremen sollen rund um die Uhr geöffnet sein.	✓	✓	✓
17. Wenn Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld II Jobangebote ablehnen, sollen ihnen weiterhin Leistungen gekürzt werden können.	X	X	✓
18. Schülerinnen und Schüler mit und ohne Migrationshintergrund sollen gemeinsam unterrichtet werden.	✓	X	✓
19. Tempo 30 soll auf mehr Straßen in Bremen und Bremerhaven gelten.	X	X	X
20. Im Land Bremen soll es keine Frauenquote für Aufsichtsräte öffentlicher Unternehmen geben.	–	–	✓
21. Deutsche sollen bei der Vergabe von Sozialwohnungen bevorzugt werden.	X	✓	X
22. Privatschulen sollen vom Land Bremen finanziell stärker unterstützt werden.	✓	X	✓
23. Kernbrennstoffe sollen über bremische Häfen umgeschlagen werden dürfen.	X	✓	✓
24. Mehr Menschen mit Migrationshintergrund sollen bei der Polizei eingestellt werden.	✓	X	X
25. Der Unterricht an bremischen Schulen soll sich am traditionellen Familienbild (Vater, Mutter, Kinder) orientieren.	X	✓	✓
26. Auch freiberuflich Tätige (z.B. Steuerberater, Krankengymnasten, Dolmetscher) sollen Gewerbesteuer zahlen müssen.	X	X	X
27. Abgelehnte Asylbewerber sollen konsequent abgeschoben werden.	X	✓	✓
28. Keine militärische Forschung an den bremischen Hochschulen!	✓	X	X
29. Das Land Bremen soll sich dafür einsetzen, dass Privathaushalte auch bei offenen Rechnungen weiterhin mit Strom versorgt werden müssen.	✓	✓	X
30. Das Land Bremen soll verstärkt Pflegekräfte aus dem Ausland anwerben.	X	X	X
31. Das gegliederte Schulsystem soll beibehalten werden.	X	✓	✓
32. Projekte gegen Rechtsextremismus sollen weiterhin gefördert werden.	✓	X	X
33. Für alle Kinder bis 14 Jahre soll es einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung geben.	✓	X	✓
34. Die Umweltzone in Bremen soll abgeschafft werden.	✓	✓	✓
35. In Bremen soll es Drogenkonsumräume geben.	✓	X	X
36. Mit überschüssigen Steuereinnahmen sollen vorrangig Schulden getilgt werden.	X	✓	✓
37. Das Landesamt für Verfassungsschutz soll aufgelöst werden.	✓	✓	X
38. Das stadtbremische Überseehafengebiet in Bremerhaven soll an die Stadt Bremerhaven abgegeben werden.	✓	✓	X



Vergleich der Positionen

1. Die Weser soll für die Containerschifffahrt weiter vertieft werden.	✓	✗
2. Die Veranstalter von Risikospielen im Profi-Fußball sollen sich an den Kosten für Polizeieinsätze beteiligen müssen.	✗	✗
3. In Bremen und Bremerhaven soll es mehr verkaufsoffene Sonntage geben.	✓	✗
4. Die Müllentsorgung soll in Bremen und Bremerhaven wieder in öffentlicher Hand sein.	✓	✓
5. Auch der Besitz geringer Mengen Cannabis soll strafrechtlich verfolgt werden.	✗	✗
6. Das Land Bremen soll weiterhin Flüchtlinge aufnehmen.	✓	✓
7. Das Land Bremen soll Genehmigungen für den Einsatz von Lang-Lkw ("Gigaliner") erteilen.	✗	✗
8. Die Videoüberwachung im öffentlichen Raum soll ausgeweitet werden.	✗	✗
9. In den bremischen Grundschulen soll es keine Schulnoten geben.	✓	✓
10. Das Land Bremen soll ein eigenes Programm zur Wiedereingliederung von zurückgekehrten IS-Kämpfern starten.	✓	✗
11. Die A281 soll zwischen den Anschlussstellen Bremen-Airport-Stadt und Bremen-Kattenturm wie geplant gebaut werden.	✗	✓
12. Einzelne Hunderassen sollen weiterhin generell als gefährlich eingestuft werden.	✓	✗
13. Die verpflichtende Mitgliedschaft in der Arbeitnehmerkammer Bremen soll abgeschafft werden.	✓	✗
14. Beratungsangebote für Schwule und Lesben sollen vom Land finanziell gefördert werden.	✓	✓
15. Der öffentliche Personennahverkehr im Land Bremen soll nicht über den Verkauf von Fahrscheinen, sondern über eine Abgabe finanziert werden.	✓	✓
16. Alle Polizeireviere im Land Bremen sollen rund um die Uhr geöffnet sein.	✓	✓
17. Wenn Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld II Jobangebote ablehnen, sollen ihnen weiterhin Leistungen gekürzt werden können.	✗	✗
18. Schülerinnen und Schüler mit und ohne Migrationshintergrund sollen gemeinsam unterrichtet werden.	✓	✓
19. Tempo 30 soll auf mehr Straßen in Bremen und Bremerhaven gelten.	✓	✓
20. Im Land Bremen soll es keine Frauenquote für Aufsichtsräte öffentlicher Unternehmen geben.	✗	✓
21. Deutsche sollen bei der Vergabe von Sozialwohnungen bevorzugt werden.	✗	✗
22. Privatschulen sollen vom Land Bremen finanziell stärker unterstützt werden.	✗	✗
23. Kernbrennstoffe sollen über bremische Häfen umgeschlagen werden dürfen.	✗	✗
24. Mehr Menschen mit Migrationshintergrund sollen bei der Polizei eingestellt werden.	✓	✓
25. Der Unterricht an bremischen Schulen soll sich am traditionellen Familienbild (Vater, Mutter, Kinder) orientieren.	✗	✗
26. Auch freiberuflich Tätige (z.B. Steuerberater, Krankengymnasten, Dolmetscher) sollen Gewerbesteuer zahlen müssen.	✗	✓
27. Abgelehnte Asylbewerber sollen konsequent abgeschoben werden.	✗	✗
28. Keine militärische Forschung an den bremischen Hochschulen!	✓	✓
29. Das Land Bremen soll sich dafür einsetzen, dass Privathaushalte auch bei offenen Rechnungen weiterhin mit Strom versorgt werden müssen.	–	✓
30. Das Land Bremen soll verstärkt Pflegekräfte aus dem Ausland anwerben.	✓	✓
31. Das gegliederte Schulsystem soll beibehalten werden.	✗	✓
32. Projekte gegen Rechtsextremismus sollen weiterhin gefördert werden.	✓	✓
33. Für alle Kinder bis 14 Jahre soll es einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung geben.	✓	✓
34. Die Umweltzone in Bremen soll abgeschafft werden.	✗	✓
35. In Bremen soll es Drogenkonsumräume geben.	✓	✓
36. Mit überschüssigen Steuereinnahmen sollen vorrangig Schulden getilgt werden.	✗	✗
37. Das Landesamt für Verfassungsschutz soll aufgelöst werden.	✓	✗
38. Das stadtbremische Überseehafengebiet in Bremerhaven soll an die Stadt Bremerhaven abgegeben werden.	✗	✓

Vergleich der **Positionen** – Legende

stimme zu ✓ stimme nicht zu ✗ neutral –



SPD
Sozialdemokratische Partei Deutschlands



GRÜNE
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



CDU
Christlich Demokratische Union Deutschlands



DIE LINKE
DIE LINKE



BIW
Bürger in Wut



FDP
Freie Demokratische Partei



PIRATEN
Piratenpartei Deutschland



NPD
Nationaldemokratische Partei Deutschlands



AfD
Alternative für Deutschland



Die PARTEI
Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz,
Elitenförderung und basisdemokratische Initiative



Tierschutzpartei
PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ